



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 18.

Berlin, den 29. Juli 1917.

12. Jahrgang.

Windstille in Deutschland. — Wetterstürme in Rußland.

Berlin, den 4. Juli 1917.

Die parlamentarische Revolution in Deutschland ist sanft und selig eingeschlafen. Die Herren Abgeordneten geben sich ihren Ferienträumen hin und erholen sich von dem Riesenaufwand an Mut und Tatkraft, den sie in den letzten Wochen der gründlichen Demokratisierung Deutschlands gewidmet haben. Die Staatsmaschine aber arbeitet weiter, ohne daß in ihrem Räderwerk nur ein Tröpfchen demokratischen Oeles zu spüren wäre. Es wird weiter regiert, verwaltet, verordnet, der Belagerungszustand beschert und immer neue Freuden, die Zensur sorgt noch immer für burgfriedliche Kriegsbravheit der Druckerzeugnisse und das Quantum der für den Magen des Volkes verfügbaren Kartoffeln, Gemüse und Früchte steht noch immer im umgekehrten Verhältnis zu dem Riesenhaufen von Verordnungen und Zeitungsartikeln, die über diese schätzbaren Nahrungsmittel erlassen und geschrieben werden. Kurz:

Die Welt treibt fort ihr Wesen,
Die Tage kommen und geh'n,
Als wäre nichts gewesen,
Als wäre nichts gescheh'n.

Im Gegensatz zu dieser deutschen Kriegssommeridylle steht das Brausen und Tosen, das jetzt die russische Revolution bis zu ihrer letzten Wurzel erschüttert. Von außen und von innen, von rechts und von links prallen feindliche Gewalten an ihren Stamm. Auf der einen Seite droht die Schlla der bürgerlichen und zaristischen Gegenrevolution, auf der anderen die Charnobdis des anarchischen Chaos. Die russische Revolution hat ihre schwierigste und gefährlichste Phase erreicht, und niemand kann heute sagen, wie sie das Unwetter überstehen wird.

Ueber der Windstille in Deutschland und über den Wetterstürmen in Rußland rauscht der unheilverkündende Flügelschlag des vierten Weltkriegsjahres, und es ist, so wie die Dinge heute liegen, zu befürchten, daß die geeinigte Menschheit auch dessen 365 Kriegstage bis zur Reige austosten muß. —

Registrieren wir für heute kurz, was sich während der letzten acht Tage an wichtigen politischen Ereignissen in Deutschland und Rußland zugetragen hat.

Der neue Mann am deutschen Staatsruder.

Am 19. Juli hat sich Herr Dr. Michaelis dem Reichstage zum ersten Male als deutscher Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident vorgestellt. Das Urteil, das im In- und Auslande über seine Programmrede gefällt wurde, läßt sich in den Worten Bethmann II. zusammenfassen. Wie konnte es auch anders sein. Der Mann, der über den Kopf der Volksvertretung hinweg mit der Leitung der Staatsgeschäfte betraut wurde, kann und darf sich nicht anders fühlen denn als ein Beauftragter, ein Beamter seines Herrn, der ihn berief und jederzeit wieder gehen lassen kann. Eine Verantwortung des neuen Reichskanzlers dem Parlamente oder gar dem Volke gegenüber besteht nicht. Seine Aufgabe ist, das Staatsschiff durch die Stürme der Kriegszeit und die Klippen der Klasseninteressen im Innern des Reiches zur Zufriedenheit seines Auftraggebers hindurchzulenkten. Er muß wie sein Vorgänger den verschiedenen Strömungen und Stimmungen des kapitalistischen Militärstaates Rechnung tragen. Seine Staatsweisheit wird darin bestehen, die berühmte „mittlere Linie“ zu finden, auf der ein Ausgleich zwischen Staatsnotwendigkeiten und kapitalistischen Interessen möglich ist. Die sozialen Forderungen des

arbeitenden Volkes werden für den neuen Reichskanzler wie für seine Vorgänger nur insoweit in Betracht kommen, als sie sich zunächst mit dem Kriegszweck, dann aber mit den Interessen des kapitalistischen Militärstaates einigermaßen vereinbaren lassen. Daran wird aller „Einfluß“ der Regierungssozialisten nichts ändern.

Die Rede des neuen Reichskanzlers gleicht den Reden Bethmanns vor allem darin, daß sie allen Parteien die Möglichkeit gibt, herauszulesen, was jeder von ihnen besonders zusagt. Der Juliblock von Erzberger bis Scheidemann jubelt: Michaelis hat sich unsere Friedensresolution zu eigen gemacht. Die Blockgegner halten dem entgegen: Michaelis hat gesagt: „so wie ich sie auffasse!“ Und er faßt sie nicht auf wie Scheidemann, sondern wie Hindenburg, Ludendorff usw. Die „Kreuzzeitung“ ging sogar soweit, herausfordernd die oberste Heeresleitung und den Kaiser als Anhänger der konservativen Annexionspolitik zu proklamieren. Und da Herr Michaelis in seiner Rede ausdrücklich betont hatte, daß er sich in voller Uebereinstimmung mit der obersten Heeresleitung befinde, wird er damit auch an den Kriegswagen der konservativen Eroberungspolitik gespannt. Dabei darf man nicht vergessen, daß die „Kreuzzeitung“ nicht von simplen Fabrikarbeitern gehalten wird, sondern daß hinter ihr sehr einflussreiche Herren in Hof-, Militär-, Marine- und Verwaltungskreisen stehen. Die Kriegshetze des Auslandes haben für eine so gewichtige Stimme ein sehr feines Ohr und es wird ihnen leicht werden, die Friedensresolution des Juliblocks als eine wertlose Deklamation hinzustellen. Und da die Herren Blockparlamentarier in übergroßer Selbstgenügsamkeit darauf verzichtet haben, sich wirkliche parlamentarische Machtvollkommenheiten zu sichern, obwohl ihnen die politische Krise die Möglichkeit dazu gegeben hätte, so wird ihnen ihr Protest gegen die konservative Auslegung nichts nützen. Die Sache des Friedens leidet dadurch aber um so mehr Schaden.

Mit dem parlamentarischen System, dieser heißersehnten Frucht der bürgerlichen Demokratie, ist es auch nach der Rede des Reichskanzlers sehr windig bestellt. Die einzige Konzession, die aus seinen Worten herausklang, war die Andeutung, daß vielleicht, unter Umständen, möglichenfalls ein paar Parlamentarier in irgendeiner Form auf dem Regierungskarren Platz nehmen können. Inzwischen ist aber der Reichstag in Ferien gegangen. Er wird also bei dem bevorstehenden Personenwechsel in den Staatssekretär- und Ministerposten ebensowenig etwas zu sagen haben, wie er bei Ernennung des neuen Reichskanzlers etwas zu sagen hatte. Selbst liberale Politiker müssen zugeben, daß sie sich das parlamentarische System in der Praxis etwas anders vorgestellt haben. Nur die Regierungssozialisten wärmten sich am Dreierlicht ihres „Einflusses“ und sehen nach wie vor den Himmel voller Geigen.

Sehr trocken und nüchtern klang, was der neue Reichskanzler über das preussische Wahlrecht zu sagen hatte. Er stellte sich, wie, es einem pflichtgetreuen und gehorsamen Beamten zukommt, auf den Boden der Willensäußerung seines vorgelegten Herrn. Nicht mehr und nicht weniger. Kein Wort über den Zeitpunkt der Einbringung des Wahlgesetzes, kein Wort über dessen Inhalt. Man braucht sich daher nicht zu wundern, daß die Wahlrechtsfeinde emsig am Werke sind, dem kümmerlichen Keime des Preußenwahlrechts den Boden abzugraben. Da zum Beispiel in der königlichen Anweisung der Hinweis auf das „allgemeine“ Wahlrecht fehlt, wird schon eifrig Stimmung für

ein Zensuswahlrecht gemacht, d. h. für ein Wahlrecht, dem die Steuerleistung zugrunde gelegt werden soll.

„Die Demokratie ist auf dem Marsche!“ jubelte der „Vorwärts“ und die übrige regierungssozialistische Presse während der letzten Woche in unzähligen Variationen. Aber auch in der Aera Michaelis scheint die Demokratie im Tempo des Krähwinkler Landsturms oder der Eßternacher Springprozeßion zu marschieren.

Reichstags-Allerlei.

Der 19. Juli war für die Leute, die im Parlamente das A und O allen politischen Lebens erblicken, ein großer Tag erster Ordnung. Aber schließlich unterschied sich dieser Tag auch nicht wesentlich von anderen Parlamentstagen. Der Juliblock nahm seine Friedensresolution an, deren Entstehungsgeschichte und Fernwirkung den ursprünglichen Zweck des Erzbergerschen Vorstoßes: dem deutschen Volke und der ganzen Welt einen vierten Kriegswinter zu ersparen, mehr als fraglich macht. Nach der Jungfernrede des neuen Reichskanzlers kamen dann die Paradedredner der einzelnen Parteien zum Wort. Sie machten alle mehr oder weniger ihre Reverenz vor dem neuen Herrn, äußerten parlamentarische Wünsche, vom truzigen Revoluzzergeist des 6. Juli war aber nichts mehr zu spüren. Der hatte sich in den Fraktionszimmern und im Kronprinzenpalais ausgelebt, nachdem Bethmann als politische Leiche auf dem Plage geblieben war. Nur Herr Scheidemann fand mannhafte Worte gegen den Belagerungszustand und Zensur, ja sogar für Liebknecht. Der Mann der demagogischen Phrase versteht sein Metier. Er weiß, daß der ungeschulte Arbeiter und Spießbürger noch immer auf solche radikal tuenden Tiraden hineinfällt. Einen ernsthaften Kampf gegen Belagerungszustand und Zensur in der von uns in der vorigen Nummer angedeuteten Weise zu führen, hütet Herr Scheidemann sich wohl. Das würde dem Wohlwollen der Regierung und der Freundschaft der bürgerlichen Blockfreunde Abbruch tun. Das wäre aber das Fürchterlichste, was einem braven Regierungssozialisten passieren könnte. Unsere Leser werden gut tun, die Worte Scheidemanns den ihnen zugänglichen Arbeiterkreisen als das zu kennzeichnen, was sie sind: als Schall und Rauch.

Die grundsätzliche Auffassung der politischen Situation durch die Unabhängige Sozialdemokratie wurde von Genossen Haase dargelegt.

Die Friedensresolution des Juliblocks wurde mit 214 gegen 116 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen. Die Unabhängige Sozialdemokratie stimmte aus den von Genossen Haase angeführten Gründen dagegen. Ebenso die Konservativen, natürlich aus ganz entgegengesetzten Gründen. Das veranlaßte den Stamper-„Vorwärts“ zu der geistreichen Bemerkung, die Unabhängigen hätten sich von den Annexionisten — annectieren lassen. Das „objektive“ Zentralorgan hat dabei ganz vergessen, daß seine regierungssozialistischen Freunde am gleichen Tage Arm in Arm mit den Annexionisten die 15 Milliarden neuer Kriegskredite zur Fortsetzung des Krieges bewilligt haben.

Nach all den heroischen Leistungen des 19. Juli war der Reichstag drauf und dran, Schluß zu machen. Die bösen Unabhängigen zwangen ihn aber, am nächsten Tage noch einmal zusammen-

zutreten. Diese Sitzung brachte eine ganze Reihe kleiner Anfragen und Regierungsantworten, die aus der Tagespresse bekannt sind. Für den politischen Geschulten wirken solche kleine Anfragen wie Blitzlichter in die dunklen Hintergründe unseres Staatslebens, und die formalen Antworten der Regierungsvertreter jagen dem, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, oft auch genug.

Nachdem die 15 Milliarden Kriegskredite endgültig unter Dach und Fach gebracht worden waren, war es mit der Arbeitsfähigkeit des Reichstages vorbei. Zwar hatte der „Vorwärts“ noch am 16. Juli geschrieben:

„Eine politische Stelle muß es aber in dieser unendlich schweren Zeit geben, auf die das Volk mit Vertrauen blickt. Die Mehrheit des Reichstags setzt sich aus Parteien zusammen, die eine so große Mehrheit des Volkes repräsentieren, daß auf der anderen Seite nur eine ganz kleine Minderheit übrig bleibt. Die Männer dieser Mehrheit haben die Pflicht, im Zentrum der deutschen Politik zu bleiben und hier nach dem Rechten zu sehen. Täten sie das nicht, so wäre eine neue schwere Verunsicherung des Volkes die unvermeidliche Folge. Nicht abgetan sein darf der Gedanke, daß der Reichstag mit schärferer Sorgfalt und mit größerer Einigkeit als bisher seinen Einfluß auf die deutsche Politik geltend machen muß.“

Aber als der Präsident die Vertagung bis zum 26. September beantragte und Genosse Ledebour dagegen protestierte, da stimmten alle Parteien, einschließlich der Regierungssozialisten, für die Vertagung. Der „Vorwärts“ aber gab schweigend seinen Segen dazu.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat dem Reichstage auch eine Friedensresolution eingebracht, die aber natürlich abgelehnt wurde. Sie lautete:

„Der Reichstag erstrebt einen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art und ohne Kriegssentschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.“

Er erwartet insbesondere die Wiederherstellung Belgiens und die Wiedergutmachung des ihm zugefügten Unrechts.

Der Reichstag fordert die Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen auf der Grundlage dieses Programms. Er verlangt ein internationales Abkommen über allgemeine Abrüstung, Freiheit des internationalen Handels und Verkehrs, sowie unbeschränkte internationale Freizügigkeit, ein internationales Übereinkommen zum Schutz der Arbeiter vor Ausbeutung, Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Geschlecht, Rasse, Sprache, Religion; Schutz der nationalen Minderheiten; obligatorisches internationales Schiedsgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten.

Zur Erreichung dieses Friedens und zur Durchführung dieses Friedensprogramms ist die dringendste Vorbedingung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Erforderlich ist ferner die völlige Demokratisierung der gesamten Verfassung und Verwaltung des Reichs und seiner Einzelstaaten, die ihren Abschluß zu finden hat in der Schaffung einer sozialen Republik.“

Raide Gemüter haben gemeint, daß wenigstens der Verfassungsausschuß des Reichstags zusammenbleiben werde, um die große parlamentarische Aktion des Juliblochs weiterzuführen und die notwendigen Vorarbeiten zu einer Demokratisierung Deutschlands mit emsigem Fleiße zu leisten. Aber auch dieser Ausschuß hat es sehr eilig gehabt, in die Ferien zu gehen.

Am 24. Juli ist der Reichstagsabgeordnete Basser mann, der Führer der nationalliberalen Partei, in Baden-Baden gestorben.

Die hoffähigen Regierungssozialisten.

Der 20. Juli 1917 wird in der Geschichte der regierungssozialistischen Partei ein Ehrentag sein. An diesem Tage wurde der politische Einfluß, den ihre Führer besitzen, der ganzen Welt klar und deutlich demonstriert. Als der Reichstag seine Pflicht getan hatte und in Gnaden entlassen war, lud Herr Helfferich als Vizekanzler, wahrscheinlich in höherem Auftrag, die Führer aller Parteien zu sich ein. Dieser gesellschaftlichen Veranstaltung

wohnte auch der Kaiser bei. Von den Regierungssozialisten waren die Herren Ebert, Scheidemann, Mollenhuth, David und Südekum, dieser in Leutnantsuniform, erschienen. Der „Vorwärts“ nennt diese Veranstaltung eine „Besprechung“ und sagt von ihr: „Es entwickelte sich eine zwanglose Unterhaltung, die drei Stunden dauerte und in der mannigfache Fragen berührt wurden“. Aus Äußerungen verschiedener bürgerlicher Blätter erfährt man aber, welcher Art diese Besprechung war. So heißt es in einem Bericht, daß der Kaiser die Unterhaltung führte, daß aber die Ereignisse der letzten Tage (d. h. die politische Krise), ebenso die alle politischen Kreise unmittelbar beschäftigenden Fragen nicht berührt wurden. Weiter heißt es: „Frei und ungezwungen war auch gerade mit den sozialdemokratischen Abgeordneten das Gespräch und es ist aufgefallen, wie lange der Kaiser sich mit diesen Herren unterhalten hat.“ Wie unter diesen Umständen die Zusammenkunft große politische Bedeutung gehabt haben soll, das ist das Geheimnis phantasiereicher Journalisten. Die einzige politische Bedeu-



An unsere Leser und Parteigenossen!

Unter den fortgesetzt gestiegenen Kosten für Herstellung von Zeitungen leidet auch unser Mitteilungsblatt. Die Kosten für Druck und Papier sind ständig gestiegen. Ueber große Einnahmen aus Inseraten, wie die großen Tageszeitungen, verfügen wir nicht. Wir sind lediglich auf die Einnahmen aus dem Verkauf unseres Blattes angewiesen. Es ist nicht mehr möglich, den bisherigen Verkaufspreis von 5 Pf. pro Nummer beizubehalten und wir haben uns entschließen müssen, den Verkaufspreis

auf 10 Pfennig pro Exemplar

zu erhöhen.

Die Erhöhung tritt mit der nächsten Nummer (Nummer 19) in Kraft. Wir hoffen, daß unsere Parteifreunde und Leser uns nach wie vor die Treue bewahren werden.

Mit Parteigruß

Redaktion und Verlag des „Mitteilungsblatt“.



tung dieser Episode ist die, daß die Partei der Ebert und Scheidemann von autoritativer Seite beiseite gerückt hat, daß sie nicht mehr die alte sozialdemokratische Partei ist und jetzt auch für die Monarchie als durchaus stubenrein gilt. Und da auch der Kronprinz in der vorigen Woche Herrn David bei sich gesehen hat, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Herren noch auf andere höfische Ehren hoffen können.

Einem Teil unserer erleuchteteren Regierungssozialisten scheint die neue höfische Taktik der „wahren, alten Klassenkampfpartei“, wie sie Herr Ebert noch in der Parteiausschussitzung vom 18. April nannte, nicht recht in den Kops zu wollen. Nur so ist zu verstehen, daß in den regierungssozialistischen Organisationen die begeisterten Verfechter des neuen Parteikurses eine Lanze für den gesellschaftlichen Verkehr zwischen „Klassenkampfpartei“ und Kaiserhof brechen. So Herr Robert Schmidt im 5. und Herr Hugo Poetsch im 6. Kreise. Den Vogel schoß aber Herr Neumann auf der Kreisversammlung der Teltow-Beestower Regierungssozialisten ab. Der erklärte: „Sowohl der Kaiser als auch der Kronprinz hätten aus dem Munde von Sozialdemokraten einmal hören wollen, was das Volk bedrückt und welche Abhilfe geschehen müsse.“ Dem guten Manne scheint gar nicht zum Bewußtsein zu kommen, daß sozialdemokratische Abgeordnete an ganz anderer Stelle ihre Pflicht zu erfüllen haben als am mit Erfrischungen besetzten Büffet des Herrn Helfferich. Ganz abgesehen davon, daß ausdrücklich in den Berichten über die Zusammenkunft betont wird, daß in dem Gespräch mit dem Kaiser aktuelle politische Fragen nicht erörtert wurden.

Wir müssen es den denkenden Arbeitern überlassen, sich ihr eigenes Urteil über die neueste Ent-

wicklung der „wahren, alten Sozialdemokratie“ zu bilden.

Die russische Revolution in Gefahr.

Die Klassenkämpfe innerhalb der russischen Revolution haben in den letzten Tagen so scharfe Formen angenommen, daß die revolutionären Erregenschaften ernstlich bedroht erscheinen. Dazu kommt noch der militärische Zusammenbruch der russischen Armee, die unter dem Druck der deutschen Offensive auseinandergerissen wird und ihre Widerstandskraft völlig verliert. Die Offensive, die die Mehrheit der revolutionären Demokratie im Interesse des Landes und des Friedens für notwendig hielt, war ein Fehlgriff, der nur schwer wieder gut gemacht werden kann. Die Abneigung gegen eine Fortführung des Krieges ist im Volk und Heer riesengroß, und die instinktiv-elementare Kriegsmüdigkeit der Massen gab einen fruchtbaren Boden für die Agitation der Bolschewiki, die aus politischer Ueberzeugung Gegner der Offensive und der provisorischen Regierung waren.

Es sind böse Tage, die die russische Revolution jetzt durchzumachen hat. In der vergangenen Woche war Petersburg der Schauplatz bewaffneter Demonstrationen. Kriegsmüde Truppen, die aus Kronstadt Verstärkung erhalten hatten, suchten sich der Regierung zu bemächtigen und konnten nur mit Gewalt zum Weichen gebracht werden. Die bürgerlichen Minister, die der Kadettenpartei angehörten, waren weder mit den Sonderbestrebungen der Ukraine und Finnlands einverstanden, noch wollten sie sich länger die Vormundschaft des Arbeiter- und Soldatenrates gefallen lassen. Sie erkannten aus ihrem Klasseninteresse heraus, daß die sozialistischen Kerntruppen der Revolution eine immer größere Gefahr für den russischen Kapitalismus seien. Da verließen sie ihre Posten, zuletzt der Ministerpräsident Now, wobei der Mißerfolg der von ihnen betriebenen Offensive noch mitentscheidend gewesen sein mag. Sie zogen sich zurück mit der ausgesprochenen Absicht, den Sozialisten die ganze Verantwortung für den Zusammenbruch aufzuladen. Wenn diese nicht in der Lage sind, in das Chaos Ordnung zu bringen, dann werden, so hoffen die Kadetten, die Sozialisten bei den Massen jeden Kredit verlieren und damit ist die Zeit für die bürgerliche Gegenrevolution gekommen. Ob mit, ob ohne den Zaren, mag dahingestellt bleiben.

Die halb- und ganzsozialistischen Mitglieder der provisorischen Regierung sind im Amte geblieben. Kerenski ist jetzt gleichzeitig Ministerpräsident und Kriegsminister. Auch andere Minister haben doppelte Ämter übernehmen müssen. Jetzt ist die provisorische Regierung mit diktatorischer Gewalt ausgerüstet und steht vor der Riesenaufgabe auf der einen Seite gegen die extrem-radikalen Elemente, auf der anderen Seite gegen die Mächte der Gegenrevolution anzukämpfen; gleichzeitig aber auch den Zusammenbruch der Armee Einhalt zu tun und den Zerfallerscheinungen im Innern des Kaiserreiches zu wehren. Es läßt sich heute noch nicht entscheiden, ob die Regierung alle diese Aufgaben lösen kann. Ebensovienig läßt sich heute absehen, ob die russischen Wirren kriegsverlängernd wirken werden, da sich ein klares Bild über die Vorgänge aus dem Ruß von aufregenden Nachrichten noch nicht bilden läßt. Aber wenn die russische Revolution nicht bloß eine heroische Episode sein, sondern dauernd und segensreich wirken soll, dann braucht sie so bald als möglich den allgemeinen Frieden. Die Sozialisten der anderen Länder haben daher die Pflicht, mit verstärkten Kräften für die Anbahnung eines solchen Friedens zu wirken. Denn ein Sieg der russischen Gegenrevolution wäre auch ein Schlag gegen die demokratischen Bestrebungen der anderen Länder, die erst durch die Revolution zu regerem Leben erweckt sind.

Wochenschau.

Vom 17. bis 24. Juli 1917.

Kriegsereignisse: An der Westfront haben die Kämpfe in der gleichen Weise wie in der vergangenen Woche ihren Fortgang genommen. Die unausgesetzte Tätigkeit der Artillerie, die mit einem ungeheuren Munitionsaufwand arbeitet, sowie häufige Minensprengungen haben die ursprünglichen Schützengrubenstellungen an vielen Stellen der Front vollständig eingegeben. Der Stellungskrieg ist dort zu einem Kampf um Granatentrichter und Sprenglöcher geworden, und stellt an die kämpfenden Truppen ungeheure Anforderungen. Die Gesamtlage im Westen hat sich

auch in der vergangenen Woche nicht wesentlich verändert. — Anders ist es an der Ostfront. Dort wurde die russische Offensive durch eine deutsche Gegenoffensive beantwortet, die die russische Front in Ostgalizien durchstieß, bereits bis Tarnopol vordrang und die ganze russische Front erschütterte und zum Wanken und Abbröckeln brachte. — ein Auflösungsprozess, der zurzeit noch nicht abgeschlossen ist. Die politischen Ursachen und Wirkungen der russischen Niederlage, die in den Berichten der russischen Heeresleitung offen gegeben wird, soll an anderer Stelle dieser Nummer geredet werden. — Der Seekrieg brachte in den letzten Tagen einen Ueberfall englischer Torpedobootzerstörer auf deutsche Kohlenschiffe innerhalb der holländischen Hoheitsgewässer. Die holländische Regierung hat entschiedenen Protest gegen die Verletzung ihrer Neutralität eingelegt.

Ausland: Aus Oesterreich wurde die Aufhebung der Schubhaft gemeldet. Der größte Teil der bisher Inhaftierten soll bereits in Freiheit gesetzt sein.

In Norwegen hat das Parlament insgesamt 44 Millionen Kronen zu militärischen Zwecken und zur Verteidigung der Neutralität bewilligt.

In Spanien weht revolutionäre Lust. Die Lebensmittelsteuer und andere Kriegswirkungen haben soziale Kämpfe entfesselt, zu denen sich politische Sonderbestrebungen in Katalonien gesellt haben. Hier wurde sogar der Versuch gemacht, einen selbständigen Staat mit eigenem Parlament zu bilden. Die Regierung hat bisher mit den Gewaltmitteln des Ausnahmezustandes die separatistische wie die Streikbewegung eindämmen können. Es ist aber nicht sicher, ob ihr das auf die Dauer gelingen wird.

Das Nachbarland Portugal kommt überhaupt nicht zur Ruhe. Das unglückliche Volk, das durch die englischen Imperialisten in den Krieg hineingezerrt worden ist, hat schwer unter den Wirkungen des Krieges zu leiden. Streiks und Unruhen brechen immer wieder aus und werden von der Regierung immer wieder mit Waffengewalt unterdrückt.

In Frankreich wurde im Laufe der vergangenen Woche ein Einkommensteuergesetz vom Parlament angenommen. Wegen die in diesem Gesetz enthaltene „Kopfststeuer“ wandte sich sehr entschieden der ehemalige Finanzminister Cailaux, der das geistige Haupt der bürgerlichen Friedensfreunde Frankreichs ist. Da Cailaux infolge des Attentates seiner Frau auf einen Pariser Zeitungsmann mehrere Jahre lang im Parlament nicht hervorgetreten ist, wird seinem Vorstoß gegen die Regierung besondere Bedeutung zugeschrieben. — Auf der anderen Seite sind natürlich die Kriegstreiber auch in Frankreich tüchtig am Werk. So hat der berühmte politische Intrigant Clemenceau im Senat eine wütende Rede gegen die Friedenspropaganda im Lande und im Heere gehalten.

In England hat die vergangene Woche eine Verschiebung im Ministerium gebracht. Der bisherige Marineminister Darson wurde zum Mitglied des Kriegskabinetts ohne Portefeuille ernannt. Der bekannte Draufgänger Churchill wurde Munitionsmi- nister. — Die politischen Vorgänge in Deutschland haben wie üblich auch in verschiedenen englischen Mi- nisterreden ein Echo gefunden. So erklärte Darson in einer Rede, daß die deutschen Truppen erst bis an den Rhein zurückgezogen werden müßten, ehe von Frieden geredet werden könne. Der Ministerpräsi- dent Lloyd George antwortete in einer langen Rede auf die Antrittsrede des Kanzlers Dr. Michaelis im Reichstage. Lloyd George erklärte u. a., daß die Eng- land durch den U-Bootkrieg drohenden Gefahren wohl ernst seien, aber überwunden werden könnten. Der demo- kratischen Entente aber sei es unmöglich, mit Autokratien wie Deutschland, Oesterreich usw. Frieden zu schließen. Es ist also das alte Spiel: die Staatslenker aller kriegs- führenden Parteien reden aneinander vorbei. Sie machen alle eine unverbindliche Verbeugung vor der Friedenssehnsucht ihrer Völker, ihr ganzes Reden und Tun läuft aber darauf hinaus, den Kriegs- oder Siegeswillen der Untertanen mit allen Mitteln auf- zupeitschen.

In Arabien ist es einem in englischen Solde stehenden Scheich gelungen, den Türken die heilige Stadt Mekka zu nehmen. Das Ereignis ist für die is- lamitische Welt und für die ägyptisch-indischen Pläne Englands von großer Bedeutung.

Stockholm.

Die Sellungnahme der Zimmerwalder. Zwischen Delegierten des russischen Arbeiter- und Soldatenrates und der J. S. R. (Internationalen Sozialistischen [Zimmerwalder] Kom-

mission) in Stockholm fand eine Besprechung dar- über statt, ob und unter welchen Bedingungen die J. S. R. bereit sei, sich neben dem holländisch-standina- vischen Komitee an den Vorbereitungen für die vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat berufene inter- nationale Konferenz zu beteiligen. Die J. S. R. hat eine umfangreiche, von Angelica Balabanof ge- zeichnete schriftliche Antwort gegeben, in welcher aus- geführt wird: Die J. S. R. hat im Einvernehmen mit den angeschlossenen Parteien, mit denen eine Verständigung bisher möglich war, beschlossen, die Frage der Teilnahme an der vom Arbeiterrat einberufenen inter- nationalen Konferenz von den Beschlüssen der dritten Zimmerwalder Konferenz ab- hängig zu machen, die 5 Tage vor der all- gemeinen Konferenz stattfinden soll. Diese dritte Zimmerwalder Konferenz werde zu be- stimmen haben, ob sich die der J. S. R. angeschlossenen Gruppen und unter welchen grundsätzlichen Voraus- setzungen beteiligen. An den Vorbereitungen für die Konferenz des Arbeiter- und Soldatenrats könne sich die J. S. R. nicht beteiligen. Sie sei der Meinung, daß es noch nicht ferne sei, ob die Konferenz instande sein werde, den internationalen Klassenkampf und die Sache des proletarischen Friedens zu fördern. Die Er- gänzungen und Abänderungen, welche die Einladungs- Rundschreiben des Arbeiterrats durch die Antworten Vanderveldes und Thomas erfahren, machten das mindestens sehr zweifelhaft. Der Bruch des Burg- friedens werde nicht als unumgängliche Vorbedingung für die Entfaltung einer Friedensaktion gefordert. Es sei auch die Teilnahme der Parteien am Kongress von keinerlei Vorbedingungen abhängig. Die einzige Be- dingung sei die Verpflichtung, sich den Beschlüssen der Konferenz zu fügen. An der internationalen Kon- ferenz könnten also auch alle diejenigen teilnehmen, die heute noch auf dem Boden des Burgfriedens und der Solidarität der Regierungen und herrschenden Klassen ihrer Länder stehen. Ja, es sei nicht ausge- schlossen, daß gerade diese Richtung in der Konferenz die Ueberhand bekomme. Die Zimmerwalder Rich- tung habe sich aber gerade deshalb den sogenannten Mehrheiten gegenübergestellt, weil sie Bruch mit dem Burgfrieden forderten, und internationalen Klassen- kampf zur absoluten Vorbedingung eines proletari- schen Friedens machten. Sie betrachte diese grundsätz- liche Haltung für eine Lebensfrage des revolutionären Sozialismus überhaupt und haben dementsprechend bisher auch immer so gehandelt. Unter solchen Um- ständen kann aber die J. S. R. keine Verantwortung für die Zusammensetzung der vom Arbeiterrat unter Beihilfe des holländisch-standinavischen Komitees ein- berufenen Konferenz übernehmen und sich daher auch nicht an der Vorbereitung hierzu beteiligen.

Die Manöver der deutschen Regierungs- sozialisten.

Wer die fortgesetzten Siegesbulletins des „Vor- wärts“ über die Verhandlungen der deutschen Mehr- heitsdelegierten in Stockholm verfolgt hat, wird mit einigem Befremden den telegraphischen Bericht vom 10. Juli (Vorwärts vom 12. Juli) über die Verhand- lungen mit den Vertretern des russischen Arbeiter- und Soldatenrates gelesen haben. In diesem Bericht wird mitgeteilt, daß die Unabhängige sozialdemo- kratische Partei Deutschlands die Platt- form des Arbeiterrates vollständig billigt, und seine Einladung zur Konferenz annimmt. Dasselbe er- klärte namens seiner Partei der Vertreter der un- garischen Sozialdemokratie. Im Namen der öster- reichischen Sozialdemokratie erklärte Viktor Adler, seine Partei sei bereit, allgemeinen Beschlüssen der Konferenz Folge zu leisten. Wenn er jetzt für die Kriegskredite gestimmt habe, so sei er bereit, nach der Konferenz dagegen zu stimmen, vorausgesetzt, daß ein allgemeiner Beschluß eine gleichartige Haltung der sozialdemokratischen Parteien sichere.

Bloß der Vertreter der deutschen Mehrheitspartei, Hermann Müller, konnte für seine Partei keine bindenden Zusicherungen abgeben. Er konnte zwar Sieg auf Sieg im Kampf gegen die Gegner der deut- schen Mehrheitspartei erringen, die angeblich ihr „Parteisüßchen“ in Stockholm locken wollten; sobald es sich aber darum handelte, Farbe zu bekennen und die mit der Bescheidung der Konferenz verbundenen Verpflichtungen zu übernehmen, wurde der große Müller plötzlich ganz klein und erklärte, er müsse zuerst — nach Berlin reisen, um mit den Zentral- stellen der Partei und der Gewerkschaften „das Pro- blem“ zu besprechen. Eine schlimmere Blamage als eine solche Antwort ist kaum denkbar, denn die von den russischen Genossen gestellten Bedingungen waren Herrn Müller schon vor Eintritt in die Ver- handlungen gut bekannt.

Es kann gar keine Rede davon sein, daß die russischen Delegierten etwa solche Forderungen an

Herrn Müller stellten, die seinen Berliner Kollegen und Vorgesetzten unbekannt gewesen wären. Da nun kaum anzunehmen ist, daß Herr Müller sich ciceronische Beredsamkeit zutraute, die russische Delegation von ihrer wohlwollenen Plattform abzubringen, so bleibt für seinen jammervollen Rückzug nach Berlin nur die Erklärung übrig, daß es den „Zentralstellen der Partei und der Gewerkschaften“ nur darum zu tun ist, ihrer irreführenden Anhängerenschaft Sand in die Augen zu streuen.

Inzwischen hat der Rückzug des Herrn Müller nach Berlin einen Erfolg gehabt. In seiner Nummer vom 21. Juli veröffentlicht der „Vorwärts“ folgendes an die Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenvertreter gerichtetes Schreiben:

Der Vorstand und die Delegation der deutschen Sozialdemokratie haben den Bericht über die mit der Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte am 4. und 5. Juli in Stockholm geführten Verhandlungen gehört. Sie bestätigen aufs neue ihre bereits durch Brief vom 7. Juni gegebene Erklärung über die Teilnahme an der in Stockholm geplanten allgemeinen Sozialistenkonferenz.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die in Deutsch- land vorhandenen annexionsistischen Tendenzen seit Kriegsbeginn scharf bekämpft (???) (Die Red. d. M.) Sie ist durchaus der Auffassung, daß die Regierungen, die nach der allgemeinen Sozialistenkonferenz noch nicht klar und unzweideutig ihre Kriegsziele bekannt- geben oder bei der Bekanntgabe als ihr Kriegsziel Eroberungen oder finanzielle Vergewaltigungen be- zeichnen, auf das entschiedenste bekämpft werden müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits durch Beschluß ihres Vorstandes und Ausschusses vom 19. April ihr Einverständnis mit der Friedensplatt- form des Arbeiter- und Soldatenrates erklärt.

Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, die diesen Grundfragen entsprechenden Beschlüsse der Konferenz anzuerkennen und durchzuführen, wobei sie voraus- setzt, daß es sich dabei nur um Beschlüsse handelt, die auf alle Parteien zutreffen und daß alle an der Kon- ferenz teilnehmenden sozialistischen Parteien der kriegs- führenden Länder sich verpflichten, diese Beschlüsse gleichzeitig mit allen zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen.

Die deutsche Sozialdemokratie wünscht den Bemühungen der russischen Genossen um das Zustandekommen der Konferenz weiterhin den besten Erfolg und erwartet, daß es in Stockholm gelingen wird, für ein gemeinsames Arbeiten aller sozialistischen Parteien ein Einverständnis zu erzielen.

Mit sozialistischen Grüßen!

Für den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

gez. Fr. Ebert.

Für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands:

gez. E. Legien.

Für die Delegation der deutschen Sozialdemokratie:

gez. H. Müller.

Herrn Müllers Gedächtnis hatte also in Stock- holm derartig gelitten, daß er von dem Beschluß des Parteivorstandes und des Parteiausschusses nicht mehr wußte, als er den Vertretern des russischen Ar- beiter- und Soldatenrates dort Auskunft geben sollte. In Wirklichkeit spiegelt sich in dem Verhalten Müllers die ganze Zweideutigkeit und Zerfahrenheit wider, die das Verhalten der deutschen Regierungssozialisten in der Friedensfrage kennzeichnet. Herr Müller mußte damit rechnen, daß in den Regionen der Parteidiploma- tie wieder andere Lust wehe und mußte daher erst nach Berlin kutschieren, um sich Instruktionen zu zu holen.

Doch das nur nebenbei.

Was das Schreiben der Ebert, Legien und Müller selbst anbetrifft, so genügt die Feststellung von zwei Tatsachen, um seinen Wert vor den deutschen Arbei- tern und der ganzen Internationale zu kennzeichnen. Das Schreiben wurde am 20. Juli nach Stockholm abgefaßt.

Am gleichen Tage bewilligte die Fraktion der Ebert, Legien, Müller wiederum 15 Milliarden Kriegskredite zur Fortsetzung und Verlängerung des Krieges, nachdem sie vorher schon 79 Milliarden zu dem gleichen Zwecke bewilligt hatte.

Am gleichen Tage nahmen die Herren Ebert, Scheidemann, David, Wolfenbühler und Südekum eine Einladung des Vizekanzlers Dr. Helfferich an, in dessen Haus sie mit Kaiser Wilhelm II. zusamen- trafen.

Regierungssozialistische Hege gegen den russischen Arbeiter- und Soldatenrat.

Das böse Gewissen, das die deutschen Regierungs- sozialisten gegenüber den russischen Sozialisten haben, suchen sich einzelne dadurch zu erleichtern, daß sie gegen die Russen eine Hege inszenieren, um sie bei den deutschen Arbeitern in Mißkredit zu bringen. So schreibt ein gewisser Herr Richard Bernstein der J. R. aus Stockholm:

„Es wird wohl einige Zeit brauchen, bis man überall sich die Frage stellen wird — und sie stellen, heißt sie beantworten —, ob dieser Arbeiter-

und Soldatenrat, dessen Mehrheit die Offensive Kerenskis und Brussilows billigt, überhaupt berechtigt ist, über Sozialisten zu urteilen, die Kriegskredite zur Landesverteidigung bewilligen. Die maßgebenden Menschewiki tun natürlich gar nichts anderes, als die die Mehrheitssozialisten in Deutschland, Frankreich, England und Österreich — höchstens daß sie gleich den Ententesozialisten hauptsächlich sind als die Mehrheitssozialisten der Zentralmächte — und daran kann die gekünstelte Erklärung des A- und S-Rates (Zowjät) nichts ändern, daß man durch diese Offensive nur mehr Kraft erlangen wolle, um in Paris und London für den Frieden zu wirken, wohl indem man Rußland als vollwertigen Bundesgenossen erweist. . . .

Wer ist dieser Herr Richard Bernstein? Er ist „junger Mann“ bei Kurt Baake und zurzeit in Stockholm mit der Berichterstattung für die deutsche regierungsozialistische Presse beauftragt. Herr Kurt Baake ist Mitglied des Verwaltungsrates der F. S. und gleichzeitig offizieller Parlamentsberichterstatter der regierungsozialistischen Partei. Die Führer dieser Partei tun nach außen so, als ob sie mit dem russischen Arbeiter- und Soldatenrat durchaus übereinstimmen. Unter der Hand aber lassen sie ruhig und ohne Protest zu, daß ihre engeren Freunde gegen die russischen Sozialisten stänkern und heben.

O, es sind offene, ehrliche und zuverlässige Friedensanwälte, die Regierungsozialisten!

In den nächsten Tagen wird die angekündigte Vorkonferenz der Ententesozialisten in Paris stattfinden. Vertreter des skandinavisch-holländischen Komitees und des russischen Arbeiter- und Soldatenrates werden an ihr zu informatorischen Zwecken teilnehmen. Die französischen Regierungsozialisten haben den Versuch gemacht, den Termin der Stockholmer Konferenz noch weiter hinauszuschieben, sie haben aber bei den Russen keine Gegenliebe gefunden. Die klägliche und schwächliche Haltung der französischen Regierungsozialisten in der Passangelegenheit wird von der französischen Minderheit immer schärfer bekämpft, wie es auch in der Friedensfrage zu immer heftigeren Auseinandersetzungen zwischen Mehrheit und Minderheit kommt. — Die englische Regierung zeigt in der Passfrage noch kein Entgegenkommen, sie verweigert natürlich auch den irischen Sozialisten die Pässe für Stockholm. — An das Stockholmer Komitee haben sich auch ägyptische, persische, indische und türkische Gruppen gewandt, die den Kongreß veranlassen wollen, für die nationale Unabhängigkeit ihrer Völker einzutreten.

Das Schicksal Friedrich Adlers.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat am 6. d. M. auf Antrag von tschechischer und polnischer Seite — nicht von der deutschen Sozialdemokratie! — die Militär- und Ausnahmegesetzgebung aufgehoben, die während des Krieges auf Grund des § 14 an die Stelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit getreten war. Die Militär- und Ausnahmegesetze haben von diesem Tage an aufgehört zu existieren, und der Beschluß des Abgeordnetenhauses stellt ausdrücklich fest, daß die § 14-Verordnungen, die an Stelle der Schworenengerichte die Ausnahmegesetze setzten, von Anfang an verfassungswidrig und ungesetzlich waren.

Der Beschluß des Abgeordnetenhauses hat aber leider keine rückwirkende Kraft. Er hebt nur die weitere Gesetzeskraft der § 14-Verordnungen auf; an ihrer Wirksamkeit vorher, die jetzt offiziell mit dem Makel der Ungesetzlichkeit belastet ist, vermag er nichts zu ändern. Ein Teil des Unrechts, das von dieser Ausnahmegesetzgebung in den drei Kriegsjahren ausgegangen ist, ist zwar durch den Amnestieerlaß Kaiser Karls geführt worden. Wer vermag aber all das Leid und Unrecht völlig auszulöschen, das die langen Kriegsmonate aufgehäuft haben?

Und noch eins. Ein Mann, Friedrich Adler, dessen Tat eine rein politische war, ist von der Amnestie ausgeschlossen worden, und auch die nachträgliche Brandmarkung und Aufhebung des Ausnahmegesetzes, das ihn gerichtet, hebt das gegen ihn gefällte Todesurteil nicht auf. Mit Recht wendet sich nun die Wiener Arbeiterzeitung in einem Leitartikel „Vergessen für alle!“ gegen dieses Unrecht an Friedrich Adler. „Wir können und dürfen ihn nicht vergessen und nicht zurüchhalten, sondern Feigheit wäre es, von ihm nicht zu sprechen.“

Das ist gut und mannhaft gesprochen, und wir schließen uns voll und ganz diesen Worten des Wiener Parteiblattes an. Wir stimmen ein in die Forderung unserer österreichischen Genossen, die das Abgeordnetenhaus, das so vielen in Kertern Schmachtenden die Freiheit gab, aufgefordert haben, auch in der Sache des Genossen Adler einzugreifen und einzuwirken.

Aus der Bewegung.

Die Kieler „Mehreheit“. Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung bringt soeben einen Jahresbericht aus dem Kreise des Herrn Vegien. Da derselbe einen interessanten Einblick in die „Stärke“ der

Regierungsozialisten des Kreises bietet, mögen einige Zahlen festgehalten werden. Die Mitgliederzahl ist selbstverständlich zurückgegangen, lassen wir die zum Deeresdienst eingezogenen Mitglieder aus dem Spiele, so verbleiben 407 männliche Mitglieder, ein Minus von 812. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist um 232 zurückgegangen, sie betrug am 31. März 3430, insgesamt ein Rückgang von 1054 Mitgliedern. In diesen Zahlen sind nun die Eingezogenen außer Spiel gelassen, ob sich diese für die „zielklare Mehrheit“ entscheiden, ist wohl sehr zweifelhaft. Von dem momentanen Stand der Organisation erhält man aber noch kein Bild, denn die „unabhängigen Sozialdemokraten Kiels“ werden zweifellos auch noch zum größten Teil in diesem Bericht als „Mitglieder“ aufzählen, erfolgte doch die Gründung der „unabhängigen Organisationen“ gerade zu der Zeit, als der obige Jahresbericht seinen Abschluß fand. Ebenso findet man den Ortsverein Bordesöhlum in demselben vor, der bekanntlich seinen Uebertritt zur „unabhängigen Partei“ erklärte.

Die 160 Mann der letzten Versammlung, wie auch der glänzende Reifall der Regierungsozialisten bei der Gemeindevertreterwahl in Friedrichsort, wo unser Genosse gegen nur wenige Stimmen gewählt wurde, geben zweifellos ein besseres Bild als obige Zahlen.

Von amtlichen Stellen dringend befürwortet! Das mit Hilfe des Parteivorstandes der Unabhängigen gegründete regierungsozialistische Blättchen in Leipzig, die „Freie Presse“, hat zur Reklame viele tausende Zettel drucken und nach zahlreichen Städten versenden lassen, die folgenden erbaulichen Inhalt haben:

„Freie Presse“.
Ihre Auffassung, die „Freie Presse“ sei überflüssig, ist ein Irrtum!
Die „Freie Presse“ vertritt den Standpunkt der sozialdemokratischen Mehrheit und wird deren Erscheinen

von amtlichen Stellen dringend befürwortet.

So wurde dem Verband der sächsischen Zeitungsverleger von der Reichspapierstelle geantwortet auf die Anfrage: ob für circa 500 Abonnenten die Herausgabe einer Tageszeitung notwendig sei.

Neuer Ortsverein in Bayern. In Fürth wurde am 15. Juli eine Ortsgruppe der Unabhängigen Sozialdemokratie nach einem Referate des Gen. Bethwanger-Nürnberg gegründet. In Fürth herrscht eine starke Oppositionsstimmung gegen die Treibereien des Parteivorstandes der Regierungsozialisten, gegen die Kreditbewilliger und vor allem gegen den derzeitigen Abgeordneten des Wahlkreises Fürth-Erlangen, den Mehrheitsler Segitz. Dieser referierte kürzlich über „Sozialdemokratie und Krieg“ und fand in der Diskussion starken Widerspruch.

Öffentliche Versammlungen haben in verschiedenen Orten im Reiche stattgefunden. Im östlichen Westfalen und in Lippe fanden in der letzten Woche 8 solcher Versammlungen statt, in der die Regierungsozialisten Schred und Severing über das Thema: „Für Freiheit und Frieden“ sprechen konnten.

Aus den Organisationen.

Niederbarnim. Bis Sonnabend, den 11. August, ist das Büro nur Montags, Mittwochs und Sonnabends abends von 8—9 Uhr geöffnet.

Dringende Anfragen sind telephonisch an O. Wigke, Alexander 874, Nebenanschluß, zu richten.
Der Vorstand.

Friedrichshagen. Montag, den 30. Juli, abends 8½ Uhr, im Jugendheim, Scharnweberstr. 59: Frauen-Leseabend. Vortrag über: „Die Stellung der Frau in Staat und Gemeinde.“ Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Leseabendleiterin.

Steglitz. Dienstag, den 31. Juli, abends 8 Uhr, findet bei Schellhase, Ahornstraße, die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Angesichts der bedeutenden Vorgänge in diesen Tagen wird ein zahlreicher Besuch der Mitglieder erwartet.

Vereins-Veranstaltungen.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche abends 8½ Uhr: 1. bis 6. Abteilung: Montag, den 30. Juli 1917, Köpenicker Straße 62. Vortrag. Nach demselben praktische Verbandsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Schöneberg. Sonntag, den 29. Juli: Familien-Ausflug. Treffpunkt 2 Uhr Bahnhof Ebersstraße. Dienstag, den 31. Juli: Wahlvereins-Versammlung bei Haendel, Vorbergstr. 11, abends 8 Uhr. Die Stadtverordneten sind zu dieser Versammlung eingeladen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 17 des Mitteilungsblattes hat sich im Artikel „Stockholm“ in der dritten Spalte, dritter Absatz, vierte Zeile ein sinnenfälliger Druckfehler eingeschlichen. Es soll nicht heißen: die Zimmerwalder Internationale Sozialistische Kommission hat sich ufm. rege beteiligt, sondern nicht beteiligt.

Außerdem hat der Segkassenklobold in dieser Nummer mit konstanter Bosheit aus den Bolschewiki Wulschewicki gemacht, wie er auch den vielgenannten Damenweg an der Westfront zu einem Dammenweg werden ließ und den russischen General Brussilow in einen General Brugelow umwandelte.

Quittung.

Zur Agitation. 2 Feldgrau 6.—, Sessel 3.— M.
Für den Pressfonds vom 5. Kreis auf Listen Nr. 3132 47,75, 3135 50, 3136 20,80, 3142 2,80, 3143 8.—, 3144 2.—, 3145 2.—, 3146 5,70, 3147 4.—, 3148 6.—, 2155 —, 3156 15,20, 3161 31,75, 3164 17,50, 3223 51,50, Summa 220,50 M. Außerdem: Sechserliste der 1a Abteilung 10.—, Baruch, 1a Abteilung (nicht erhobene Portoauslagen) 3,44 M. Summa 233,94 M.

Sommer-Fest

des Wahlvereins Berlin II.

am Sonntag, den 29. Juli, in Habel's Brauereigarten, Bergmannstr. 5/7

unter Mitwirkung des Berliner Sängerkhor (M. d. A. S. B.)
Chormeister Fr. Bothe.

Großes Kaffeekochen.
Kasperle-Theater. Fackel-Polonaise
Anfang 3 Uhr. Entree 25 Pf.

Am 11. Juli fiel im Alter von 25 Jahren durch Herzschuß einer unserer fleißigsten Genossen, der Schriftsetzer

Arthur Lewange

Torfstr. 14.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Genossen des 756. Bezirks, 16. Abt. des 6. Wahlkreises.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

6. Wahlkreis.

Anfang Juli fiel unser Genosse, der Wäscher

Eruft Otto

Fennstr. 32, Abt. 16., Bez. 741

im Alter von 33 Jahren.

Am 11. Juli fiel unser Genosse, der Schriftsetzer

Arthur Lewange

Torfstr. 14, Abt. 16., Bez. 756.

Wahlverein Charlottenburg.

Gestorben ist am 28. Mai 1917 in einem Feldlazarett unser Genosse

Albert Prensß

Friedbergstr. 23.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

2. Wahlkreis.

8. Abt., Zahlmorgen, Bezirk 2 i.

Am 15. Juli verstarb im 59. Lebensjahre unser langjähriges treues Mitglied, der Buchdruckereisatzarbeiter

Max Grassold.

5. Wahlkreis.

Vor kurzem verstarb unser Mitglied, der Genosse

Friedrich Hedler

Georgentischstr. 37.

6. Wahlkreis.

Am 28. Mai 1917 starb der Genosse

Martin Saczkowski

Beusselstr. 72, Abt. 14., Bez. 700 a.

Am Donnerstag, den 28. Juni 1917, starb der Genosse

Max Müller

Ueckermünderstr. 11, Abt. 6., Bez. 570 a.

Am Montag, den 16. Juli 1917, starb unser Genosse, der Maurer

Wilhelm Strusinski

Koloniestr. 9, 19. Abt., Bez. 882.

Am Donnerstag, den 19. Juli, starb unser Genosse, der Böttcher

Gustav Schlichting

Plantagenstr. 7, Abt. 20., Bez. 796.

Wahlverein Charlottenburg.

Unser Genosse

Dietrich Möller

Kurfürstendamm 54

ist verstorben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ehre ihrem Andenken!

Parlamentarismus-Ersatz.

Von Ed. Bernstein.

Mehrfach wird der Schritt, den die Koalition Zentrum, Volkspartei, sozialdemokratische Mehrheitsfraktion unternommen hat, als ein Vormarsch zur Herstellung parlamentarischer Regierung im Deutschen Reich betrachtet und begrüßt. Wenn er sich als das herausstellt, so kann es niemand mehr recht sein, als der entschiedenen Sozialdemokratie. Wir sehen in der parlamentarischen Regierung nicht das letzte Wort der Entwicklung der Demokratie. Eine sozialistische Gesellschaft wird den Verwaltungsorganismus des Gemeinwesens in viel höherem Grade, als dies heute der Fall ist, von unten auf gliedern und mit dem Zentralkörper auf eine andere Grundlage stellen als heute und seine Aufgaben unter verschiedenen Gesichtspunkten begrenzen, sodaß von parlamentarischen Funktionen im landläufigen Sinne des Wortes wenig übrig bleiben wird. Aber das ist Sache einer Entwicklung, die Zeit braucht. Auf dem Wege zu ihr ist die Verwirklichung der parlamentarischen Regierung eine notwendige Etappe.

Den parlamentarischen Regierung ist nur ein anderes Wort für Regierung durch die Volksvertretung. Sie ist zwar als solche immer erst die indirekte Verwirklichung des Grundgedankes der demokratischen Selbstregierung und nicht gegen Mißbräuche geschützt. Sie bedarf daher der Ergänzung durch kontrollierende Einrichtungen, zu denen insbesondere die direkte Volksabstimmung gehört. Die direkte Volksabstimmung — Vorschlags- und Verwerfungsrecht — kann die Regierung durch die Volksvertretung nicht ersetzen, sie kann sie nur ergänzen und kontrollieren und soll dies auch. Im übrigen erfordert der Gedanke der Selbstregierung des Volkes ein starkes öffentliches Leben, das einen beständigen Verkehr zwischen Wähler und Gewählte verbürgt.

Der Grundgedanke der parlamentarischen Regierung ist, daß die Gesetzgebung völlig bei der Volksvertretung (soweit ergänzt durch die Volksabstimmung) ruht, und daß die vollziehende Zentralinstanz — Regierung oder Ministerium — der Beauftragte der Volksvertretung, ihr Organ oder Ausschuss, in letzter Instanz also ihr untergeordnet ist.

Dieser Zustand kann in einem monarchischen Staatswesen niemals bis zu seinen letzten Konsequenzen verwirklicht werden, wenn der Begriff Monarchie nicht zum vollendeten Widersinn werden soll. Aber er kann bei Fortbestand der monarchischen Regierungsform in einem sehr hohen Grade seiner Verwirklichung nahe geführt werden, wie wir dies in Dänemark, England, Italien, Norwegen und anderen Staatswesen sehen. Selten ist er im Verfassungsgesetz monarchischer Staaten ausdrücklich ausgesprochen. Er besteht als Tatsache und ist meist von den Parlamenten durch energischen Gebrauch ihres Budgetrechts den Monarchen abgerungen worden. Nach dem englischen Gesetz ist z. B. es noch heute der König, der die Minister ernannt, sind die Minister Beamte des Königs. In Wirklichkeit aber ist der Monarch so wenig frei in der Wahl der Minister, daß es nicht genügt, wenn er sich entschließt, den leitenden Minister der Partei zu ernennen, welche in der Volksvertretung Mehrheit hat. Er muß bereit sein, dem Manne die Würde zu übertragen, den die Partei als den dazu berufenen Mann ihres Vertrauens bezeichnet.

Als z. B. nach den Parlamentswahlen des Jahres 1880, bei denen die Liberalen unter Führung Gladstones die von Beaconsfield-Disraeli geführten Konservativen geschlagen hatten, die Königin Victoria gerne einen anderen Liberalen als den ihr zuwideren Gladstone mit der Bildung eines liberalen Ministeriums betraut hätte und zu diesem Behufe bei einer Anzahl sonst ganz beliebiger liberaler Führer anpochte, mußte sie zu ihrem Leidwesen erfahren, daß alle diese Veruche hoffnungslos waren, und sich doch an Gladstone wenden, der dann auch Premierminister wurde.

Wenn wir im Deutschen Reich noch meilenweit davon entfernt sind, daß der an dessen Spitze gestellte Monarch bei der Auswahl des leitenden Ministers — hier Reichskanzlers — gebunden ist, so hat der Wortlaut der deutschen Reichsverfassung wenig damit zu tun. In dem Augenblick, wo der Reichstag den Willen hätte, bei der Befehung des Reichskanzlerpostens das ausschlaggebende Wort zu sprechen und die Wählerschaft hierin hinter sich wüßte, würde kein Verfassungsparagraph der Verwirklichung des Gedankens im Wege stehen, bzw. sie verhindern können. Auf den Willen des Volkes und seiner Vertreter kommt hierbei alles an. Was fehlt, ist nicht so sehr das verbriefte Recht, als der zur Tat entschlossene Wille.

Wir haben in diesen Tagen eine Kanzlerkrise mit Kanzlerwechsel im Deutschen Reich erlebt. Verlauf und Ausgang dieser Krise sind überaus bezeichnend dafür, wie es bei uns mit dem Parlamentarismus steht.

Beismann Hollweg ist von seinem Kanzlerposten gestürzt. Wer hat ihn gestürzt?

Im Reichstag besteht augenblicklich eine aus Zentrum, Volkspartei und sozialdemokratischer Mehrheitsfraktion zusammengesetzte Koalition, die sich auf die Abgabe der bekannten Friedenserklärung in der Sitzung vom 19. Juli mit 214 Stimmen verhandelt, geeinigt hatte. Im Haushaltsausschuss des Reichstags sprachen der Reichskanzler und sein Adjutus Hefferich sich warnend gegen öffentliche Abgabe einer solchen Erklärung aus und ebenso war sie von Rednern der konservativen Fraktionen bekämpft. Es liegt also nahe zu folgern, daß Beismann von jener, drei Viertel der Mitglieder des Reichstages umfassenden Koalition aus Anlaß der zwischen ihr und ihm in dieser, bei folgerechtem Verhalten der Koalition in der Friedenserklärung sehr bedeutungsvollen Meinungsverschiedenheit gestürzt worden sei. Aber das ist nicht der Fall. Nicht die Koalition hat den Sturz des Kanzlers verlangt

und durchgeführt. Die Konservativen, die in der Grundfassung ihm bedeutend näher stehen als die Koalition, denen aber dieser zu viel Zugeständnisse gemacht hatte, sind die wahren Kanzlerstürzer gewesen. Sie haben offen und internatisch auf die Beiseitigung Beismanns hingearbeitet, und sie setzten sie durch, als die Koalition sich nicht mehr in der Lage sah, ihn gegen die um Weitzel zu stützen. Die Rolle der Koalition bei dem Sturz war eine durchaus nebensubgeordnete, man könnte fast sagen, passive. Man könnte sie mit der Rolle des Stützballens in einem Tiefbau vergleichen, der eine Wand gegen von anderer Seite auf sie drückenden Gestein gestützt hatte, und durch zufälliges Verdrängen ihren Zusammensetz herbeiführte. Ohne den Druck des konservativen Gesteins sähe Herr v. Beismann Hollweg noch heute in der Wilhelmstraße.

Indes, er fiel, und ein neuer Kanzler war zu ernennen. Und nun war die Sachlage doch die, daß eine drei Viertel der Mitglieder des Reichstages umfassende parlamentarische Verbindung da war, die für die Erfüllung der wichtigsten Aufgabe des Augenblicks ein zwar sehr an Halbheiten leidendes, aber immerhin auf ein bestimmtes Ziel berechnetes Programm zu verfechten erklärt hat. Wenn überhaupt je ein Schritt zum Parlamentarismus hin zu machen war, so war jetzt die Zeit dafür gekommen. Was aber ist geschehen?

Ein neuer Kanzler kam. Nicht aber aus der parlamentarischen Koalition ward er genommen, nicht mit ihr ward über seine Person verhandelt. Er kam genau wie seine Vorgänger auf Grund Ernennung durch den Monarchen, nachdem dieser die Meinung der von ihm gewählten Ratgeber eingeholt hatte. Er kam als Beamter des Kaisers nicht nur der Form, sondern auch der Sache nach. Wie immer es um seine persönlichen Eigenschaften beschaffen sein mag, ob er aus dem hohen oder niederen Adel, dem Bürgertum oder sonst einer Klasse genommen ist, hat für die Frage des Parlamentarismus gar keine Bedeutung. Bürgerliche Minister hat es in Preußen zu allen Zeiten, selbst in der Ära der Reaktion gegeben, und sie sind keineswegs immer die besten Sachverwalter des Fortschritts gewesen. Für die politische Wertung einer Persönlichkeit ist nicht ihre Klassenzugehörigkeit, sondern ihre Gesinnung maßgebend. Aber es handelt sich für die hier behandelte Frage nicht einmal um die politische Farbe des neuen Kanzlers, so bezeichnend es ist, daß er nicht einmal Mittelparteiler ist, sondern sich bisher den konservativen zugerechnet hat. Was für uniere Frage ins Gewicht fällt, ist, daß die neue Koalition bei seiner Ernennung nicht das Geringste dreinzureden hatte.

Unter diesen Umständen ist es für die Entwicklung des Verfassungslebens in Deutschland vollständig gleichgültig, aus welchen politischen und sozialen Kreisen Herr Michaelis sich seine Mitarbeiter sucht. Denn diese Ernennungen schaffen keine politische Erneuerung. Die Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre sind staatliche, aber keine parlamentarischen Beamten. Bei ihrer Ernennung und Entlassung heißt es: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt.“

Wenn also Herr Michaelis sich etliche Staatssekretäre oder Unterstaatssekretäre aus den koalitierten Parlamentsgruppen nimmt, so bringt uns das der Verwirklichung des parlamentarischen Regierungssystems im Deutschen Reich um keinen Schritt näher. Indes, diejenigen, die von einem solchen geträumt haben, sollen doch nicht ohne Trost ausgehen. Wir leben in einem Zeitabschnitt, wo die Surrogate den Markt beherrschen; Ersatzmittel wohnen wir nur bilden: Eier-Ersatz, Kaffee-Ersatz, Fleisch-Ersatz, Stärke-Ersatz, Ersatz-Ersatz... Jeder Tag bringt neue Ersatzprodukte in den Handel. Kur den wenigsten sagen sie zu, aber wer kann für den Geschmack? Verschiedene Leute finden sich in alles. Und so wird man den Wünschen mancher entgegenkommen, wenn man das, was sich jetzt hinter den Kulissen abspielt hat, und die auf es folgenden Ernennungen doch mit dem Begriff Parlamentarismus in Zusammenhang bringt. Es ist Parlamentarismus-Ersatz.

Die Unruhe unter den englischen Munitionsarbeitern.

Die Munitionsarbeiterstreiks in England sind beigelegt worden. Ein Teil der Arbeiterforderungen wurde erfüllt, aber es wäre nicht richtig, wollte man annehmen, daß die Unruhen einfach auf Lohnschwierigkeiten, verbunden mit der Lebensmittelteuerung, zurückzuführen seien. Man war nicht in der Lage, sich ein richtiges Bild von der Ursache der Streiks zu machen, und selbst englische Zeitungen beklagten sich darüber, daß sie aus Zensurgründen nicht über diese Dinge schreiben könnten. Auf diese Weise war jeder Abfluskanal der immer bedrohlicher werdenden Stimmung unter den Arbeitern verstopft, und als die Streiks ausbrachen, mußte erst mit Enoueten und Unterdrückungen viel Zeit verloren werden, ehe man die Quellen der Mißstimmung entdeckte.

Jetzt bringt der „Manchester Guardian“ eine Reihe von Aufsätzen über die Entwicklung der Unruhen, deren Inhalt, wie wir glauben, auch unsere Leser interessieren wird.

Das erste Zeichen der Unzufriedenheit war der Streik am Glude im vergangenen Jahr, der mit den Deportationen verschiedener Arbeiterführer endete. Aber die Unruhe ging weiter. Sie äherte sich in Streiks zu Liverpool, am Tyne und in Barrow am Beginn dieses Jahres und wurde fortgesetzt im Mai in Streiks in London, Manchester, Sheffield, Leicester, Coventry und vier oder fünf kleineren Städten. Die Streiks betrafen stets die eigentliche Kriegsindustrie.

Oberflächliche Beobachter behaupteten, daß die Streiks auf Agitatoren zurückzuführen seien, von denen die Masse der Arbeiter sich habe täuschen lassen, aber selbst das liberale Blatt, hinter dem starke kapi-

talistische Kreise stehen, meint dazu, daß selbst wenn diese Voraussetzung zuträfe, man doch immer noch untersuchen müsse, wie es kam, daß die Agitatoren ein so großes Gefolge fanden. Die einfachere Erklärung sei wohl, daß nicht die Agitatoren die Unruhe schufen, sondern daß im Gegenteil die Unruhe die Agitatoren hervorbrachte und ihnen die Möglichkeit gab, auf die Massen zu wirken. Diese Vermutung wird durch die Tatsache bestätigt, daß auch da, wo keine Streiks stattfanden, die gleichen Klagen erhoben werden, und daß die kleinste Ursache auch dort die Bombe zum Plagen bringen könne.

Nach Beendigung der Streiks sind die Männer an die Arbeit gegangen, aber sie sind noch immer argwöhnisch, und wenn durch die Revision der „Dilution Bill“, soweit Betriebe der Privatindustrie in Frage kommen, die Situation erleichtert ist, so ist sie dieselbe geblieben, was die staatliche Industrie angeht. Ganz abgesehen von den tausend Nadelstichen, durch die die Arbeiter sich gepeinigt fühlen, muß man vor allem eins im Auge behalten. Die Trade Unions haben ihre Privilegien während des Krieges aufgegeben. Sie haben zugelassen, daß halbgelernte und ungelernete Arbeiter in kontrollierte Betriebe eingezogen und die Arbeiten übernommen, die bis dahin gelernte Arbeiter verrichteten. Als Gegenleistung hat das Parlament versichert, daß dieser Verzicht nur für die Dauer des Krieges Geltung haben solle, und daß nachher wieder die Bedingungen wie sie vor dem Kriege bestanden, in Kraft treten sollten. Weiter wurde beschlossen, daß ungelernete Frauen, die die Arbeit verrichteten, die vor ihnen ein gelernter Arbeiter getan hat, dieselben Löhne wie die gelernten Arbeiter erhalten sollen. — Diese und ähnliche Bedingungen sind nicht eingehalten worden. Die Arbeiter sehen mit Sorge, daß überall im Lande die „Verwässerung der Arbeit“, d. h. die Ersetzung gut bezahlter gelernter Arbeiter durch billige ungelernete Kräfte ihren Fortgang nimmt. Und sie fürchten, daß nach dem Kriege nicht die vom Parlament gewährleisteten alten Bestimmungen in Kraft treten, sondern daß das Kapital das Gesetz zwar dem Buchstaben nach, aber nicht dem Sinne nach erfüllen werde. Die Verwässerung wird vielleicht für kurze Zeit aufgehoben und dann neu eingeführt werden. Es ist ein ungeheures Reservoir gelernter und ungelerner Kräfte vorhanden, auf das die Unternehmer nach dem Kriege zurückgreifen können, und diese Ueberzahl an Arbeitern wird, so fürchten die Trade Unions, als Streikbrecher in Arbeitskämpfen ihre Verwendung finden. Das sind nicht die Gedanken Einzelner, sondern die Auffassung ist ganz allgemein verbreitet.

Die Beschränkung der Arbeiter ist nicht ausschließlich durch das Munitionsgesetz entstanden. Das Munitionsgesetz machte den Anfang, das Dienstpflichtgesetz beschloß die Unfreiheit. Und die erste Alternative, die dem Arbeiter gestellt wurde: „Tu es, oder du wirst vor den Munitionsgerichtshof gestellt werden“, ist längst abgelöst durch die andere: „Füge dich oder geh zur Armee“. Die letzte Drohung ist allerdings in vielen Fällen nur Drohung geblieben, da die Arbeiter in den Munitionsfabriken ebenso nötig waren wie draußen. Aber das Gefühl der Abhängigkeit von dem durch die Munitionsakte geschützten Unternehmer ruft natürlich in der Arbeiterschaft Bitterkeit und Mißstimmung hervor.

Ein weiterer Grund zur Unruhe war die Beiseitigung des Kartensystems. Den Metallarbeiterorganisationen war das Recht gegeben worden, gelernte Arbeiter durch diese Karten vom allgemeinen Militärdienst zu befreien. Die anderen Berufe sahen sich zurückgesetzt, und die Regierung hob den mit dem Metallarbeiterverbande eingegangenen Vertrag einseitig auf. Dadurch ging der letzte Rest des Vertrauens der Gewerkschaften verloren, und die Presse ist nicht in der Lage, das Vertrauen wieder herzustellen, da die Arbeiter wissen, wie sehr sie durch die Zensur behindert ist, die volle Wahrheit zu schreiben. Sie verweisen auf die verschiedenen Gelegenheiten, wo die Tatsache das Gegenteil von dem beweisen, was die Blätter sagten.

Hinzu kommt die Benützung von Agents provocateurs bei den letzten Streiks durch die Behörden, weiter die ungeheure Teuerung, die die Lohnerhöhungen zum größten Teil illusorisch macht, und das energische Vordringen der Admiralität, statt der Zeilöhne in Schiffbau und Metallindustrie Stücklöhne einzuführen. Das und noch manches andere führten die letzten Streiks herbei, die der Regierung bewiesen haben, daß selbst die Munitionsakte bei Arbeitern, die sich im Recht fühlen mit ihren Forderungen, Streiks nicht unmöglich machen kann. Die Organisationen und vor allem die Comitees, die die Streikleitung in die Hand nehmen, wurden fester ausgebaut, und es ist sicher, daß innerhalb weniger Stunden neue Streiks inszeniert werden können, wenn nicht die Regierung tiefgehende Änderungen eintreten läßt. Das Streikrecht in der privaten Industrie mußte den Arbeitern bereits zugestanden werden, aber sie erwarten, daß sie mehr erreichen werden.

Wie es aber auch sei, die englischen Arbeiter machen sich auf scharfe Arbeitskämpfe nach dem Kriege gefaßt.

Das Beschwerderecht gegen Beschränkung der persönlichen Freiheit durch die Militärbefehlshaber.

Das leider noch Rechtskraft besitzende preussische Belagerungszustandsgesetz vom 4. Juni 1851 gibt den Militärbefehlshabern während der Dauer des Belagerungszustandes die Macht, die persönliche Freiheit der Zivilbevölkerung nach den verschiedensten Richtungen hin einzuschränken oder ganz aufzuheben. Ohne Richterpruch können vom Militärbefehlshaber verfügt werden: Verhaftungen, Aufenthaltliche Beschränkungen zur persönlichen

Meldung bei der Polizeibehörde, Verpflichtung, von einer bestimmten Zeit ab die Wohnung nicht mehr zu verlassen, Redeverbot, Verbot politischer Betätigung usw. usw. Um den größten Willkürlichkeiten auf dem Gebiete der sogenannten Schutzhaft und der Aufenthaltsbeschränkungen zu steuern, ist das Schutzhaftgesetz vom 4. Dezember 1916 geschaffen worden. Das Schutzhaftgesetz unterstellt die Betroffenen in gewissem Maße richterlichen Schutz.

Daneben aber ist gegen alle Verfügungen der Militärbefehlshaber ein Beschwerderecht geschaffen worden. Das Gesetz darüber ist ebenfalls am 4. Dezember 1916 ergangen und hat folgenden Wortlaut:

Einziger Artikel.

Bis zum Erlaß des in Artikel 68 der Reichsverfassung angeforderten Gesetzes über den Kriegszustand wird gegenüber den Anordnungen der Militärbefehlshaber eine militärische Zentralinstanz als Aufsichts- und Beschwerdestelle errichtet.

Die näheren Anordnungen ergeben durch Kaiserliche Verordnung.

Vorstehende Bestimmung findet auf das Königreich Bayern keine Anwendung.

Die Ausführungsverordnung zu diesem Gesetz, datiert vom gleichen Tage, besagt:

§ 1.

Aufsichts- und Beschwerdestelle gegenüber den Anordnungen, die die Militärbefehlshaber auf Grund des in der Verordnung vom 31. Juli 1914 (RGBl. S. 263) erklärten Kriegszustandes treffen, ist ein Obermilitärbefehlshaber mit dem Sitz in Berlin.

§ 2.

Für die Beschwerden an den Obermilitärbefehlshaber gilt folgendes:

1. Die Beschwerde ist zulässig gegen Verfügungen, die im Einzelfall zum Gegenstand haben:

a) Beschränkungen der persönlichen Freiheit, soweit nicht das Gesetz, betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916, Anwendung findet;

b) Zensurmaßnahmen gegenüber der Presse sowie gegenüber den Theatern, Lichtspieltheatern und anderen Schaustellungen;

c) Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit.

2. Das Beschwerderecht steht dem zu, gegen den die Verfügung des Militärbefehlshaber gerichtet ist.

3. Die Beschwerde wird bei dem Militärbefehlshaber eingelegt, der die Verfügung getroffen hat.

Erachtet er die Beschwerde für begründet, so hat er ihr abzuhelfen, andernfalls sie sofort dem Obermilitärbefehlshaber vorzulegen.

4. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung, jedoch kann der Vollzug der angeforderten Verfügung sowohl vom Militärbefehlshaber als auch vom Obermilitärbefehlshaber ausgesetzt werden.

5. Erachtet der Obermilitärbefehlshaber die Beschwerde für begründet, so kann er die erforderliche Verfügung selbst treffen oder dem Militärbefehlshaber übertragen.

Durch Kabinettdorder vom 8. Dezember 1916 ist zum Obermilitärbefehlshaber der derzeitige preussische Kriegsminister ernannt. Dieser hat also über die Beschwerdefälle zu entscheiden. Die Beschwerden sind indessen, wie die Ausführungsverordnung vorschreibt, an die Militärbehörde zu adressieren, gegen deren Maßnahmen Beschwerde geführt wird.

Wir hielten es für notwendig im Interesse derer, die unter Beschränkungen der persönlichen Freiheit zu leiden haben, auf diese, wie es scheint, noch wenig bekannten Möglichkeiten der Beschwerde aufmerksam zu machen. Nicht selten wird der parlamentarischen Kritik derartiger Beschränkungen mit dem Einwand begegnet, daß ja keine Beschwerde geführt worden sei. Dieser Einwand sollte unmöglich gemacht werden.

Aus der Bewegung.

Die Thurrow-Groger-Lente in Teltow-Beestow haben am Sonntag ihre Generalversammlung abgehalten. Nach einem Bericht des Vorwärts waren 31 Orte mit 68 Delegierte vertreten. Der Verein soll in 31 Orten 4354 zahlende Mitglieder haben. Geklagt wurde über die mangelhafte Zustellung des Vorwärts. Ueber den Parteitag in Würzburg sagte der Vorsitzende Thurrow, daß zu prüfen sein würde, inwieweit die Beschlüsse früherer Parteitage, die sich mit dem Kriegszustand beschäftigten, sich noch aufrecht erhalten lassen. „Manche aufgestellte These habe sich als haltbar erwiesen“, soll heißen, Beschlüsse sind nicht beachtet worden. In der Diskussion wurde verlangt, daß der Dresdner Beschluß aufgehoben werden müsse, der sich auf die Wahlen bezieht. Ein anderer Redner hielt es für zweckmäßig, daß die Scheidemann, Ebel der Einladung des Königs von Preußen zu einer gemeinsamen Besprechung gefolgt seien. Es sei selbverständlich, daß wir Ministerposten übernehmen müssen, sobald die Regierungsform demokratisch sei. Ein Antrag wurde angenommen, der besagt, der Parteitag solle erklären, daß bei weiteren Kriegswahlen zum Reichstage und Landtagen das bisherige Verfahren in allen Fällen der Bestätigung der Parteien anzuerkennen, nur gegenüber jenen Parteien, und Kandidaten inneweghalten wird, die in den Fragen der inneren Reform und des Kriegszustandes dem Linksblok angehören.

Die Regierungssozialisten werden also bei Wahlen für ihre neuen Wadbrüder, für Nationalliberale, Zentralkleriker u. a. wirken. Sie werden den Bestehenden dieser Parteien garantieren.

Man sieht wohl die Reise geht: Immer weiter nach rechts. Es ist gut so, daß das so offen zum Ausdruck kommt. Die Arbeiter werden sich das merken müssen.

Vorwärts und J. A. Der Vorwärts ist mit der Heilmannschen Internationalen Korrespondenz zusammengedrungen. Die J. A. hatte in einem Artikel: „Bülow und Bethmann“ geschrieben:

„Bülow stand in diesen schicksalsschweren Jahren an der Spitze der deutschen auswärtigen Politik. Er tat nichts. Er redete. Er sah die Entstehung der englisch-französischen Entente, aber — er redete bismarckisch. Als die Ereignisse zu Taten drängten, wurde er Pazifist. Keine Spur von bismarckischer Tatkraft. Das Ausland denunzierte Deutschland als krieglasterne Macht; während Bülow alle Gelegenheiten unwiderbringlich vorübergehen ließ, um günstige militärische Entscheidungen herbeizuführen, obwohl er von seinem Standpunkt aus als Antisozialist und Anti-Internationalist unseren Friedensweg der Völkervereinigung ausschlagen mußte — ließ er doch nicht einmal Jaures in Berlin reden. Er konnte zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine englische Alliance haben; er verwarf sie. Er konnte im Jahre 1905 einen günstigen Krieg mit Frankreich führen, um dem französischen Volke den Delcassésismus ein für allemal auszutreiben und die anti-deutsche Koalition im Keime zu zerstören. Rußland lag platt zu Boden; der Krieg mit Japan und die inneren Revolutionszuckungen paralysierten es vollständig; England war bei weitem noch nicht kriegsbereit. Aber Bülow war Pazifist aus purer Unfähigkeit, und sein ganzer Ehrgeiz bestand darin, sich mit Bebel im Reichstag rednerisch zu messen.“

Dazu hatte der Vorwärts entscheidend bemerkt, dem Verfasser sei es wohl nur darauf angekommen, die kriegerische Manufakturerei der Bülowpolitik zu verurteilen, immerhin berühre es seltsam, wenn ein Sozialist einem Staatsmann scheinbar den Vorwurf mache, daß er keine Kriege geführt habe.

Sanfter, man darf schon sagen liebevoller, kann eine Kritik kaum sein.

Die J. A. erklärt aber jetzt, der Vorwärts hätte „heftige Angriffe gegen sie gerichtet“ und zu diesem Zweck Wortlaut und Sinn der Beerischen Darlegungen gefälscht.

Es geht nichts über angenehme Parteistimmen!

Sie werden sich bald wieder vertragen, Vorwärts und J. A., sie sind ja aus einem Holze.

Beckleisterung. In der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lübeck gelangte ein Antrag zur Annahme, in dem der Parteitag in Würzburg ersucht werden sollte, den Parteivorstand mit der Einleitung von Einigungs- und Verhandlungen mit der „unabhängigen sozialdemokratischen Partei“ zu beauftragen. Zu diesem Antrag schreibt die in Solingen erscheinende „Vergleichs Arbeiterstimme“:

„Man scheint verschiedentlich, noch keinen Schimmer davon zu haben, was unser „Grüppchen“ von anderen „Grüppchen“ der deutschen Sozialdemokratie trennt. Wir werden in Ruhe abwarten, was beim Konkurs der früheren Partei herauskommt, ehe wir daran denken, unsere politische Kraft und unseren politischen Kredit mit der „Masse“ zu verbinden.“

Wir meinen, daß man sich nur einigen kann mit Leuten, mit denen man sachlich übereinstimmen kann, wenigstens in den Hauptfragen. Das ist es aber, was uns von den Sozialpatrioten geschieden hat. Nur mit Sozialdemokraten, nicht aber mit Sozialpatrioten kann man sich einigen.

Parteivorstand und Parteiauschuß des Sozialdemokratischen Vereins Rürnberg-Altendorf entschieden sich einmütig dafür, daß an den Würzburger Parteitag vom Soz. Verein folgender Antrag zu stellen sei:

„Im Bewußtsein der unbedingten Notwendigkeit einer ungeborenen Front — eine Notwendigkeit, die für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterschaft auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Boden Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirksamkeit ist —, fordert der Parteitag alle Genossen auf, den Willen zur Parteieinheit zu stärken und diesem Willen alle anderen Gegensätze zu unterwerfen. Nur so kann dem sinnwidrigen Zustand ein Ende bereitet werden, daß unsere Bewegung, die immer Ausdruck eines auf die Zukunft gerichteten Strebens war, sich um verunsicherte Gelegenheiten der Vergangenheit jankt und um diesen Jank auf dem Sprung steht, wichtige Gegenwarts- und Zukunftsmöglichkeiten der Arbeiterschaft zu verpassen.“

Eine Partei, die für die Verständigung der Völker wirkt und für den Frieden der Nationen eintritt, darf nicht um Mittel und Wege verlegen sein, in die eigenen Reihen einheitlichen Sinn und Willen, unbeschadet der abweichenden Auffassungen im Einzelfall, zu bringen.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit, den Parteistreit beizulegen, indem das große Ziel unserer Bewegung wieder ins Gesichtsfeld der Massen gerückt wird — die einheitliche Aktion der Proletarier aller Länder!

In diesem Sinne beauftragt der Parteitag alle Parteioptionen und vor allem die Parteipresse und den Parteivorstand, bei günstiger Gelegenheit zu handeln.“

Der Antrag wird vorher noch einer Parteiversammlung vorgelegt.

Die guten Leuten brauchen sich keine Mühe zu geben, eine Beckleisterung herbeizuführen. Uns sind unsere sozialen Grundfäden in erster Linie für unsere Bewegung maßgebend. Wer mit uns dieser Meinung ist, muß seinen Anschlag an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vollziehen.

Die Umkerne-sozialisten in Halle machen schlechte Geschäfte. Vor einigen Tagen sollte der regierungssozialistische Abgeordnete Landsberg aus Magdeburg im Volksparlament über die Friedensresolution sprechen. Einberufer war der Abgeordnete Thiele. Angezeigt

wurde die Versammlung auch in bürgerlichen Zeitungen; das Halleische Blatt hatte einer Anzeige Aufnahme gewährt. Die Versammlung war überfüllt, immer neue Teilnehmer strömten herbei, auch einige Leute aus bürgerlichen Kreisen waren da.

Abgeordneter Thiele eröffnete die Versammlung. Genosse Albrecht verlangte Bürowahl, da eine Volksversammlung das Recht habe, sich ihre Leitung selbst zu wählen. Thiele lehnte ab und erklärte, eine Bürowahl nicht zulassen zu können; unter den obwaltenden Verhältnissen könne er dem Antrage nicht stattgeben. Nach einigem Hin und Her erteilte Thiele kurzerhand dem Referenten das Wort. Das rief einen Sturm der Entrüstung hervor, der Referent konnte nicht reden. Wiederrum Geschäftsordnungsdebatte. Es wird die Zustimmung verlangt, daß Kunert als Korreferent reden soll. Thiele erklärt, Redezeit für einen Korreferenten könne er nicht zusichern; Diskussion solle stattfinden. Auf weitere Zusagen ließ er sich nicht ein. Es wird eine Sicherstellung der Aussprache verlangt. Thiele erteilt wiederum dem Referenten das Wort. Die herrschende Entrüstung der Versammelten steigert sich. Die Halleischen Arbeiter erheben entschiedene Protest. Thiele ist nicht mehr zu verstehen, und Landsberg tritt, ohne geredet zu haben, von der Rednertribüne ab. Stürmisches Händeklatschen. Kunert nagelt das diktatorische Gebahren Thieles fest unter großem Beifall. Daraufhin erklärt Thiele die Versammlung ohne weiteres für geschlossen. Die Entfremdung des Veranalters und des Referenten wird von den Versammelten mit lebhaften Zurufen und Grundgebungen begleitet. Das erste Debüt der Umkerner in Halle ist elendiglich gescheitert.

Gute Fortschritte macht die Bewegung der Unabhängigen Sozialdemokratie in Schleswig-Volstein. Wo unabhängige Organisationen bestehen, erfolgen nicht nur häufig Neuaufnahmen, sondern es tritt auch einer nach dem andern von den Genossen, die bisher zu den Regierungssozialisten hielten, zu uns über. Ein Beweis, wie stark unsere Bewegung ist, war die Gemeinderatswahl in Pries bei Kiel. Die Regierungssozialisten hatten sich mit allen bürgerlichen Parteigruppierungen zu gemeinsamer Kandidatenaufstellung verbunden. Trotzdem siegte unsere Liste mit einer Stimmenmehrheit von 75 Proz. Zu gleicher Zeit trat ein Gemeindevorsteher, der bis dahin zur anderen Richtung gehalten, zu uns über, so daß die Unabhängige Partei vier Gemeindevorsteher zählt. Ueberall, wo noch Organisationen möglich sind, geht es vorwärts mit Riesenschritten.

Aus der Zeit.

Ist das wahr? Ein „hoher Staatsbeamter“ teilt der „Deutschen Tageszeitung“ aus seinem vierwöchigen Sommerurlaub in dörflicher Gegend in Mitteldeutschland folgende Erlebnisse mit, die der Aufklärung dringend bedürfen:

„Am Dorfe D. geht unbestellt von der Eierzentrale in M. ein Wagon mit etwa tausend Eiern ein mit der Anweisung: auf jede Familie 2 Stück Eier, Stück zu 35 Pf. Dabei ist in D. kein Bedarf, es sind genug Eier für die Selbstversorgung da, sie kosten 30 Pf. Rückschreiben des Ortschulzen: Wir brauchen keine Eier. Befehl von oben: Ihr habt die Eier zu nehmen, nach dem Verteilungsplan sehen sie euch zu. Rückschreiben: Wir brauchen sie nicht und nehmen sie nicht. Gegenbefehl: Ihr habt sie zu nehmen, wir lassen den Preis bis 31 Pf. nach. Die Eier werden trotzdem nicht abgenommen, sie bleiben im Wagon und verkaufen. Und in Berlin hungert man.“

Das Dorf N. erhält Befehl, etwa 200 Pfund Butter nach dem drei Stunden entfernten Dorfe G. abzuliefern. Die Butter wird hingebacht. Das Dorf G. verweigert die Annahme, weil kein Bedarf ist. Die Butter wird deshalb nach der eine Stunde weiter gelegenen Stadt P. gefahren. Der Bürgermeister von P. verzichtet ebenfalls auf Annahme, weil kein Bedarf ist. Schließlich bringen die Bauern die Butter in das große Gefangenenlager bei P. Dort laden sich an ihr die Anamiten, die Senegalneger und die Hottentotten englischer Couleur. Und in Berlin hungert man und schimpft auf die Bauern.“

Am schlimmsten hat unser zentralistisches System die Kartoffeln ruiniert. Meine Aufenthaltsgegend hatte die Großstadt D. zu versorgen. Entfernung für Güterzüge 36 Stunden. Im letzten Winter geht Befehl an das Dorf N. ein: Sofort 400 Zentner für D. verladen. Der Ortschulze weigert sich mit dem Hinweis darauf, daß die Ladung ohne weiteres erfrieren werde. Trotzdem erneuter Befehl, unverzüglich zu liefern. Die 400 Zentner werden verladen, kommen selbsterständig erfroren in D. an und wandern aus den Waggons unmittelbar auf den Müllhaufen.“

So berichtet wörtlich in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 15. Juli ein hoher Staatsbeamter, wobei die „Deutsche Tageszeitung“ hinzufügt, daß sie Schärken, die der Brief enthält, aus ihm entfernt habe. Man muß bei der Beurteilung dieser Meldung freilich in Rechnung ziehen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ die Verteilung durch Behörden überhaupt bekämpft, den freien Handel und das freie Verfügungsrecht für den bäuerlichen Produzenten will und deshalb sehr eifrig nach Beweisen für die Schädlichkeit der behördlichen Ernährungsregelung sucht. Das freie Spiel der Kräfte, wie es die „Deutsche Tageszeitung“ will, würde den minderbemittelten Kreisen die Nahrung wohl ganz entziehen. Das wäre also unhaltbar, eine behördliche Verteilung allerdings, die so wirtschaftet, wie in der Aufschrift des „hohen Staatsbeamten“ geschildert wird, ist auch unhaltbar. Eine Untersuchung und Klarstellung ist jedenfalls notwendig.

Verantw. Redakteur: C. Peid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.